

Liebe Mitglieder,

es bleibt dabei:

Wir fordern die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und Abwasserbeiträge!

Das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales veranstaltete am 27.08.2015 das zweite Diskussionsforum zum Thema Straßenausbaubeiträge.

Dort wurden nach vorheriger Prüfung durch das Ministerium vier Modelle vorgestellt:

- Modell 1: Beitragserhebungspflicht
- Modell 2: Ermessensregelung
- Modell 3: keine Beitragserhebung für Straßenausbaumaßnahmen
- Modell 4: Erhebung einer Infrastrukturabgabe

Als Vertreter unseres Vereins war unser Vorsitzender Frank Sieber anwesend.

Unsere Interessen als Mitglied wurden auch durch die Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V. vertreten.

Der Vorsitzende der Bürgerallianz Wolfgang Kleindienst sprach sich eindeutig für das Modell 3: keine Beitragserhebung für Straßenausbaumaßnahmen aus.

Herr Staatssekretär Götze vom SPD geführten Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales favorisierte u.a. aus Gründen der Haushaltssituation und der Rechtssicherheit Modell 1: Beitragserhebungspflicht.

Herr Bleeck, Vorsitzender des Landesverbandes Haus und Grund Thüringen regte an, zu prüfen, ob die Finanzierung des Straßenausbaus durch eine Erhöhung der Grundsteuer-Hebesätze möglich wäre.

In der Diskussion sprach sich die SPD-Fraktion, vertreten durch Herrn MdL Frank Warnecke, gleichzeitig Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes Landesverband Thüringen e.V. für Modell 1: Beitragserhebungspflicht aus. Der Vorsitzende des Deutschen Mieterbundes Landesverband Thüringen e.V. lehnte Modell 4 ab, da es die Mieter mit höheren Nebenkosten belasten würde.

Für die Fraktion DIE LINKE forderte Herr MdL Frank Kuschel die Begrenzung der rückwirkenden Erhebung von Straßenausbaubeiträgen noch in diesem Kalenderjahr zu regeln. Er kritisierte die Erhebung von Widerspruchsgebühren sowie die pauschale Androhung von Gebühren zwischen 30 und 3000 €. Es könnte der Eindruck entstehen, daß die Bürger durch eine drastische Erhöhung der Widerspruchsgebühren von der Erhebung von Widersprüchen abgehalten werden sollen.

Abschließend wurde das dritte Diskussionsforum für den 04.12.2015 vereinbart.

Eine Einigung scheint noch weit entfernt.

Die Fraktion Die Linke befindet sich im Spannungsfeld zwischen der Einlösung von Wahlversprechen und dem Erhalt der Koalition.

Vor der letzten Landtagswahl haben die Parteien „DIE LINKE“ und „BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN“ zugesagt, sich für die Abschaffung der Zwangsbeiträge einzusetzen.

Die SPD lehnt die Abschaffung der Zwangsbeiträge ab und verhält sich diesbezüglich wie in der schwarz-roten Koalition. Es könnte der Verdacht entstehen, die Thüringer SPD hält sich u.a. damit die Option für eine erneute Koalition mit der CDU offen. Ähnliche Gedanken gibt es wohl auch in Teilen der CDU wie man der öffentlichen Auseinandersetzung über den Austritt des ehemaligen Ministers Jürgen Reinholz aus CDU und Fraktion entnehmen kann. Dazu Zitat OTZ vom 20.11.15 (Internetportal) aus dem Artikel „*CDU will von Ex-Kollegen Reinholz das Mandat zurück: Wirklich wütend sind die CDU-Abgeordneten, dass der von der Fahne gegangene Reinholz als partei- und fraktionsloser Parlamentarier im Landtag verbleiben will. Dadurch sei die strukturelle Mehrheit von CDU und SPD futsch, falls Rot-Rot-Grün unterwegs auseinander bricht, klagt der Ostthüringer Mario Voigt (CDU). Rechnerisch stimmt das. Union und SPD hätten es bisher auf 46 Stimmen gebracht, genau so viele, wie Rot-Rot-Grün zum Regieren reichen.* „

Die SPD zerstört die Hoffnungen großer Teile der Bevölkerung auf die Rot-Rot-Grüne Koalition.

Man könnte den Eindruck gewinnen, daß für die SPD die Teilhabe an der Macht, egal unter wessen Führung, die höchste Priorität hat.

Der Thüringer Mieterbund irrt, wenn er meint, seine Mitglieder vor höheren Kostenbelastungen schützen zu können, indem er die Kosten der Infrastruktur allein durch die Hauseigentümer getragen werden. Da eine Umlage nicht zulässig ist, bleibt den Vermietern nur die Erhöhung der Mieten. Hier gibt es innerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten noch viel Spielraum, der sonst vielleicht nicht in genutzt würde.

Wenn Herr Staatssekretär Götze von der SPD die Haushaltssituation als Argument für die Beibehaltung der Zwangsbeiträge anführt, sollte die SPD schon erklären, warum bisher 236 Milliarden Euro für die Bankenrettung zur Verfügung standen, aber jahrzehntelang existierende Probleme in den Bundesländern nicht gelöst werden. Vielleicht sollte man auch mal den Mißbrauch des Kommunalabgabengesetzes untersuchen, wenn trotz leerer Kassen Luxussanierungen durchgeführt werden, weil ja die Hauseigentümer zahlen müssen.

Eine Erhöhung der Grundsteuer lehnen wir ab.

Die Infrastruktur ist aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu finanzieren.

Was noch geschah:

Am 08.10.2015 führten wir mit Unterstützung der Kreis-sparkasse Saale-Orla eine Informationsveranstaltung für Haus- und Wohnungseigentümer zur Flüchtlingssituation im Saale-Orla-Kreis durch.



Jürgen Hauck, 1. Beigeordneter des Landrates des Saale-Orla-Kreises und Verantwortlicher für die Flüchtlingsproblematik im Landratsamt informierte über Flüchtlingszahlen, Kosten und Unterbringung. Es soll möglichst eine dezentrale Unterbringung erfolgen. Deshalb werden von Wohnungsgesellschaften und privaten Vermietern Wohnungen zu Konditionen des geltenden Mietspiegels angemietet. Die anwesenden Gäste machten regen Gebrauch von der Möglichkeit Fragen zu stellen. Sie erhielten Auskunft zum Abschluß von Mietverträgen, zur Instandsetzung von momentan nicht genutztem Wohnraum und zu Verantwortlichkeiten. Wohnungsmieter ist der Landkreis. Er stattet die Wohnungen in der Regel mit Gebrauchtmöbeln aus. Nach Ablauf der Mietzeit ist er auch für die ordnungsgemäße Rückgabe der Wohnungen verantwortlich. Insgesamt war es für die Anwesenden eine sehr aufschlußreiche Veranstaltung.



Liebe Mitglieder,

wir möchten Sie recht herzlich zu unserer Weihnachtsfeier am 09.12.2015, 18 Uhr in die Gaststätte Erholung in Pößneck einladen.

Wir freuen uns auf ein paar informative und unterhaltsame Stunden mit Ihnen.

Ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende zu und gibt uns Anlaß, einmal innezuhalten, um über Vergangenes nachzudenken, aber auch Gemeinsames zu planen.

Der Vorstand wünscht Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest, viel Glück und Gesundheit im neuen Jahr 2016.

Karl-Heinz Stolze
stellv. Vorstandsvorsitzender

**Haus-, Wohnungs- u. Grundstückseigentümergeverein
Saale-Orla e.V.**

Pößnecker Str. 30, 07389 Ranis
Tel.: 03647-423791

www.hwg-saale-ork.de
[mail: info@hwg-saale-ork.de](mailto:info@hwg-saale-ork.de)

Sprechstunde jeden 2. Dienstag im Monat 17.00 – 18.00 Uhr
im kleinen Sitzungssaal Rathaus Pößneck